TRENDWATCH » FÜR EIN STARKES EUROPA

IDW POSITIONSPAPIER: **SIEBEN PUNKTE FÜR EUROPA UND GEGEN DIE GLOBALE IRRELEVANZ** (STAND: 08.05.2019)

IDW
INSTITUT DER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Dieses Positionspapier wurde vom Ausschuss Trendwatch des IDW verabschiedet.

Ansprechpartner:

Daniele Nati
Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
Postfach 320580
40420 Düsseldorf
nati@idw.de

Copyright © Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 2019.

TRENDWATCH » FÜR EIN STARKES EUROPA

IDW POSITIONSPAPIER: **SIEBEN PUNKTE FÜR EUROPA UND GEGEN DIE GLOBALE IRRELEVANZ** (STAND: 08.05.2019)

EINLEITUNG

Die Einheit Europas ist einer der größten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Erfolge der jüngeren Geschichte. Demokratie in Freiheit und Frieden sowie wirtschaftlicher Wohlstand sind für viele Bürger Realität.

Dieses Modell steht aber gerade vor der Europawahl vor großen Herausforderungen, manche sprechen sogar von einem Stresstest: Die Welt wird zunehmend von der Globalisierung geprägt, so dass die Länder Europas sich immer mehr dem Wettbewerb stellen müssen. Themen wie internationaler Wettbewerb, Digitalisierung, Klimawandel und Migration sind in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts nicht mehr wegzudenken und werden den politischen Alltag auch in den kommenden Jahren bestimmen. Die Europäische Union (EU) und die einzelnen Mitgliedstaaten dürfen sich nicht auf ihren Erfolgen ausruhen und isolieren, sondern müssen auf wesentliche Fragen die richtigen Antworten finden und ihre Stärken gemeinsam ausbauen: Kleinstaaterei wird Europa angesichts der Initiativen Chinas und der USA in die globale Irrelevanz führen.

In den derzeit 28 Mitgliedstaaten der EU leben über 500 Millionen Einwohner. Das ist mehr als die Bevölkerung der USA und Japans zusammengenommen. Dies entspricht acht Prozent der Weltbevölkerung. Der Bevölkerungsstand der EU-Mitglieder wird laut Eurostat bis 2050 auf 529 Millionen ansteigen, allerdings wird das Bevölkerungswachstum in anderen Regionen der Welt weitaus höher ausfallen. Der Anteil der EU an der Weltbevölkerung wird dann nur noch fünf Prozent betragen. Somit wird die globale Bedeutung einzelner Mitgliedstaaten wirtschaftlich, machtpolitisch und gesellschaftlich abnehmen. Bis 2050 wird sich unter den führenden sieben Wirtschaftsnationen der Welt vermutlich kein einziges EU-Land mehr befinden.

Das zeigt: In einer globalisierten Welt ist kein EU-Staat mehr groß genug, um sich allein zu behaupten. Die Stärkung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Integrationsprojekts Europa in einem institutionellen Rahmen wie der EU ist das beste Mittel gegen die globale Irrelevanz, die jedem Land allein bevorstehen würde.

Im Mai 2019 werden in das Europaparlament neue Vertreter für den Zeitraum 2019 bis 2024 gewählt. Im Jahr 2020 wird Deutschland wieder die Europäische Ratspräsidentschaft stellen. In der neuen Legislaturperiode wird es im Europaparlament den Prognosen nach mehr denn je EU-feindliche Abgeordnete geben. Die bis heute stabilisierend wirkende Mehrheit der beiden großen Fraktionen Europäische Volkspartei (EVP) und Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D) dürfte wegfallen. Gleichzeitig wird dem Parlament als Gesetzgeber immer mehr Bedeutung beige-

messen. Die EU ist auf eine konstruktive Zusammenarbeit ihrer Institutionen angewiesen.

Zu oft erleben wir, wie auf nationaler Ebene von Politikern, Bürgern und Medien Schuld und Verantwortung für bestimmte Entwicklungen allein Brüssel zugeordnet werden. Wenn Europa als Sündenbock herhalten muss, darf es nicht verwundern, dass die Akzeptanz für Europa schwindet und sich europakritische Entwicklungen breit machen. Der Brexit ist nur ein Beleg dafür. Bereits die letzten Monate haben bewiesen, zu welchem Chaos der Weg aus Europa führen kann. In den kommenden Monaten und Jahren wird sich die EU mit den heterogenen und vielschichtigen Folgen des Brexits für die Institutionen und die Gemeinschaft als Ganzes befassen müssen.

Die Verantwortungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden Europa unterstützen müssen, wenn es sich wieder zu einer Herzensangelegenheit der gesamten Bevölkerung entwickeln soll. In der Vergangenheit hat eine Reihe von erfolgreichen europäischen Integrationsprojekten dafür gesorgt, dass Europa für alle Bürger spürbar wurde und konkrete Vorteile mit sich brachte. Der Maastricht-Vertrag, der Wegfall der innereuropäischen Grenzen, die weitgehende Einführung einer gemeinsamen Währung, die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa waren Ereignisse, welche die Menschen mitgenommen und begeistert haben.

Vieles ist somit erreicht worden. Angesicht der geschilderten Herausforderungen bedarf das europäische Projekt aber einer neuen Begründung! Dann kann Europa die Lösung für neue nationale und internationale Probleme sein.

Das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) vertritt einen regulierten Berufsstand, der in Deutschland und in Europa das Vertrauen zwischen den Wirtschaftsteilnehmern stärkt und so für einen ordnungsgemäß funktionierenden Kapitalmarkt sorgt. Damit erfüllen Wirtschaftsprüfer eine entscheidende gesellschaftliche Aufgabe und unterstützen das europäische Gemeinwohl. **Das IDW hält eine funktionsfähige EU für alternativlos und appelliert an alle Europäer, ihr Grundrecht auszuüben und wählen zu gehen.**

Unseren Appell richten wir aber auch an die deutsche und europäische Politik:

1. EUROPAS STRUKTUREN UND INSTITUTIONEN GEZIELT STÄRKEN UND EINE BALANCE IN DER ARBEIT ZWISCHEN NATIONALEN UND EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN FINDEN, DIE VON JEDEM EU-BÜRGER VERSTANDEN WIRD.

Für die Zukunft der EU wird es wesentlich sein, den inneren Zusammenhalt zu stärken, das Vertrauen in Europa weiter auszubauen und die Überzeugungskraft der Idee Europas deutlicher zu vermitteln. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die europäischen Institutionen und ihr Zusammenspiel mit den nationalen Counterparts.

Es wird wichtig sein, den Bürgern zu vermitteln, dass es ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen politischen Entscheidungen im zentralen Brüssel und einem guten Maß an Subsidiarität gibt. Nationale Belange müssen weiter berücksichtigt und ein Gefühl der Überregulierung abgebaut werden. Die Verwaltung sollte effizienter und effektiver gehalten werden. Es muss sicherlich auch Grenzen der Subsidiarität geben, um bestimmte nationale Alleingänge oder Hürden bei der Umsetzung von EU-Regelwerken in den Nationalstaaten zu verhindern.

Am Beispiel des sogenannten Gold Plating (Vorgaben aus Brüssel werden als Vorwand genutzt, um nationale Regeln dazuzugeben) wird deutlich, wie das Zusammenspiel zwischen Brüssel und den Nationalstaaten erschwert werden kann.

Die EU wird künftig stärker mit Forderungen nach mehr Demokratie und Transparenz konfrontiert werden. Der Rat der EU könnte daher beispielsweise die Arbeitsunterlagen öffentlich machen, damit die Bürger das Handeln ihrer Regierungsvertreter im Rat besser beurteilen können und der Verhandlungsstand nachvollziehbarer ist.

Auch sollte die Kommission ihre Arbeitsweise überdenken. Derzeit stellt jeder Mitgliedstaat einen Kommissar. Bei der gegenwärtigen Anzahl führt dies dazu, dass eine sinnvolle Ressortfindung kaum noch möglich ist. Der derzeitige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat bereits einen Versuch unternommen, der Kommission eine Struktur zu geben, die es erlaubt, Themen in der Binnenorganisation zu bündeln und dadurch kohärenter und effizienter zu bearbeiten. Der Vertrag von Lissabon geht einen Schritt weiter: Die Anzahl der Kommissare soll zwei Drittel der Mitgliedstaaten betragen, also 18 von künftig 27. Um Ungleichheiten zu vermeiden, soll es dann eine Rotation geben, damit eine Repräsentation aller Mitgliedstaaten möglich bleibt.

Die politische Bedeutung des Europaparlaments muss im Zuge der europäischen Integration weiter gestärkt werden. So sollten beispielsweise die Kommissare dem Parlament gegenüber auch einzeln rechenschaftspflichtig sein.

Der Bedeutung der EU-Gesetzgebung entsprechend müssen vermehrt europaüberzeugte, überzeugende, starke Parlamentarier aufgestellt und gewählt werden. Sie sollten vermehrt zu Identifikationsfiguren auf nationaler Ebene werden, damit bei den Bürgern eine ähnliche Bindung wie zu ihrem lokalen Abgeordneten im Landtag oder Bundestag möglich ist. Die Aufstellung von Spitzenkandidaten stellt bereits einen Schritt in diese Richtung dar.

2. EUROPA MUSS NACH INNEN GEMEINSCHAFTLICH HANDELN, NACH AUSSEN GEMEINSCHAFTLICH AUFTRETEN.

Um für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein, muss Europa nach innen und nach außen gesamteuropäisch denken, handeln und auftreten. Es bedarf eines größeren Verständnisses für die unterschiedlichen Realitäten und Entwicklungen innerhalb der EU. Durch die politische und wirtschaftliche Integration Europas ist in den vergangenen Dekaden eine gewisse Konvergenz sichtbar geworden. Die Finanzkrise vor knapp zehn Jahren führte in manchen Ländern zu wirtschaftlicher Schwäche und zu einem Wohlstandsgefälle zwischen einzelnen Regionen. Gerade der Süden Europas ist davon betroffen, darunter das Gründungsmitglied Italien. Nur wenn Probleme einzelner Länder im europäischen Kontext gesehen werden, können zukunftsweisende Lösungen erarbeitet werden – auch für den Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit und Staatsschuldenkrise sind nur zwei Probleme, die uns vor Augen halten, dass der europäische Weg die einzige Lösungsmöglichkeit darstellt, die allen hilft.

Einer klaren gemeinsamen Ausrichtung bedarf es auch im internationalen Kontext. Nur wenn Europa nach außen konsequent mit einer Stimme spricht, wird es von internationalen Partnern wie den Vereinigten Staaten, China oder internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen weiterhin wahrgenommen. Ob es um politische Konflikte weltweit geht oder um Freihandelsabkommen, Europa befindet sich im globalen Wettbewerb mit politischen und wirtschaftlichen Riesen wie den Vereinigten Staaten oder China und kann nur als Einheit auf Augenhöhe verhandeln. Zwischen 2013 und 2017 wurde beispielsweise zwischen der EU und Japan das bisher umfangreichste bilaterale Handelsabkommen der EU erfolgreich verhandelt.

3. EUROPA MUSS EINE GEZIELTE, GERECHTE UND GEMEINSCHAFTLICHE EINWANDERUNGSPOLITIK ENTWICKELN.

Die Weltbevölkerung beträgt heute rund 7,6 Milliarden Menschen und wird nach UN-Projektionen bis zum Jahr 2050 auf voraussichtlich 9,8 Milliarden anwachsen. In Afrika wächst die Bevölkerung am stärksten: Bis 2050 wird sie sich von knapp 1,3 Milliarden Menschen auf rund 2,5 Milliarden fast verdoppeln.

Lediglich Europa wird eine halbwegs stabile Bevölkerungszahl vorweisen. Ohne eine signifikante Zuwanderung wird der Kontinent jedoch Schwierigkeiten haben, seine wirtschaftliche Position zu verteidigen. Derzeit befinden sich Millionen von Menschen weltweit auf der Flucht. Die Tendenz ist weiter steigend, denn die Ursachen für Fluchtbewegungen sind vielfältig und werden häufiger: bewaffnete Konflikte, Menschenrechtsverletzungen, Verfolgungen der Menschen sowie Auswirkungen des Klimawandels. Flucht und Migration sind Themen, die die Menschen sehr bewegen und oft verunsichern. Diese Ängste muss die Politik ernst nehmen.

Ein weltoffenes und tolerantes Europa sollte auch weiterhin ein Zufluchtsort für Verfolgte und Schutzsuchende sein, jedoch bedarf es einer gerechten und solidarischen Neugestaltung von Migrationspolitik und Asylrecht innerhalb der EU.

Vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft und des Fachkräftemangels kann es nur im Interesse aller sein, eine geregelte Migration im Rahmen einer gezielten, gemeinschaftlichen Einwanderungspolitik in die Praxis umzusetzen.

4. EUROPA MUSS INTENSIVER AN EINER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN WACHSTUMSSTRATEGIE ARBEITEN UND EINE STARKE UND WETTBEWERBSFÄHIGE WIRTSCHAFT ERHALTEN.

Die wirtschaftliche Stärke der EU hätte sich ohne die Integrationseffekte innerhalb Europas nicht so weit entfaltet. Aber Europa muss künftig um diese Stellung kämpfen. Seine Innovationskraft, seine wirtschaftliche Leistung und seine Rolle in der Welt werden bereits heute von Schwellenländern herausgefordert. Allerdings dürfte sich die Verschiebung der Machtverhältnisse von den klassischen Industrienationen hin zu den aufstrebenden Staaten fortsetzen. Der weltweite BIP-Anteil der Schwellen- und Entwicklungsländer wird weiter ansteigen. Gerade der Aufstieg Chinas zur führenden Wirtschaftsmacht (und somit zum potenziell größten europäischen Wettbewerber) ist nicht mehr aufzuhalten.

Die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration ist noch nicht ausgeschöpft. Um den Fortschritt der Vergangenheit fortzusetzen, sollten zukünftig wirtschaftliche Fragen nicht ausschließlich aus Sicht der einzelnen Staaten betrachtet werden. Es sind noch enorme Wachstumspotenziale im Binnenmarkt zu erkennen, beispielsweise bei der Digitalunion, dem Energiebinnenmarkt, der Kapitalmarktunion oder dem gemeinsamen europäischen Luftraum. Nahezu jede Harmonisierung wird Wachstums- und Innovationspotenziale freisetzen.

Damit sich europäische Unternehmen erfolgreicher aufstellen können, ist es notwendig, das auf den EU-Binnenmarkt konzentrierte EU-Wettbewerbsrecht globaler auszurichten. Vermehrt sollte dabei gesehen werden, dass der gesamte europäische Binnenmarkt im Wettbewerb zu außereuropäischen Volkswirtschaften steht.

Die Zeit für eine europäische Fiskalpolitik ist vermutlich noch nicht gekommen, dennoch sollte eine offene und ehrliche Diskussion um das Thema europäische Steuerpolitik geführt werden. Ein transparenter Steuerwettbewerb bedarf zum Beispiel einer sachgerecht ausgestalteten gemeinsamen europäischen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer.

Auch wenn das verarbeitende Gewerbe nicht die einzige Quelle für Innovation und Fortschritt ist, darf man der drohenden De-Industrialisierung und einer industriefeindlichen Politik nicht tatenlos zusehen. Eine reine Dienstleistungsgesellschaft wird vermutlich nicht genügend Ersatzarbeitsplätze schaffen können und auch nicht ausschließlich den technologischen Fortschritt bringen, den Europa weiterhin benötigt.

Die politischen Entscheidungsträger könnten durch Strukturreformen dazu beitragen, dass Unternehmer in Zukunftsbranchen Arbeitsplätze schaffen, innovative Gewerbe gründen und durch die Gesetzgebung Rahmenbedingungen für die industrielle Fertigung vereinfachen. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen ist eine klare, einfache Gesetzgebung mit Augenmaß wesentlich, um eine Standortentscheidung im produzierenden Gewerbe für Europa zu fällen.

5. EUROPA MUSS SICH DEN FORTSCHRITT KONSEQUENT ZU EIGEN MACHEN, IHN GESTALTEN UND IN IHN INVESTIEREN.

Zukunftsthemen müssen in Europa systematisch besetzt und zu einer gesamteuropäischen Angelegenheit werden. Die EU muss auf Biotechnologien, Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Nanotechnologien setzen und die Förderung von Forschung und Entwicklung konsequent zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.

Neue Verfahren der Biotechnologie werden bei der Suche nach Lösungen weltweiter Fragestellungen eine Schlüsselrolle spielen: Diagnostik und Heilmethoden, Erforschung neuer Medikamente, Einsatz neuer Chemikalien oder die landwirtschaftliche Nutzung von biologischen Prozessen stehen beispielhaft für Forschungsfelder, die bahnbrechende Innovationen verheißen und zur Entstehung neuer Unternehmen beitragen werden.

Auch für den digitalen Wandel ist es im globalen Wettbewerb wichtig, dass Europa die richtigen Rahmenbedingungen setzt und nachhaltige Voraussetzungen schafft, damit die in der EU ansässigen Unternehmen den digitalen Rückstand schnellstmöglich aufholen. Denn es liegt nicht an Europa darüber zu entscheiden, ob und wie schnell die Digitalisierung voranschreitet. Sie ist unumkehrbar und verlangt nach einer proaktiven Auseinandersetzung mit ihren Auswirkungen. Bei den wesentlichen Themen wie dem grenzüberschreitenden E-Commerce, Breitbandausbau oder dem mobilen Internet (5G) bedarf es klarer und einheitlicher Regelungen.

Gerade für den Mittelstand ist die Digitalisierung der Schlüssel zum Erfolg. Auch in der Verwaltung und im Bereich der Finanzberichterstattung wird der technische Fortschritt eine wesentliche Rolle spielen. Nicht zuletzt braucht Europa vermehrt ein Umfeld, welches Start-Ups fördert und begünstigt.

Die systematische Förderung von Forschung und Entwicklung wird ausschlaggebend für den Erfolg Europas sein. Dazu gehört auch, aus Europa einen Anziehungspunkt für Spitzenforscher aus aller Welt zu machen. Die zentrale Aufgabe europäischer und nationaler Politik wird es sein, Rahmenbedingungen für ein forschungs- und forscherfreundliches, zukunftsorientiertes Europa zu schaffen.

6. EUROPA MUSS NACHHALTIGKEIT LEBEN UND ANREIZE DAFÜR SCHAFFEN, AUCH IM FINANZMARKT.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen ist der zentrale Orientierungsrahmen weltweit. Darin wird Nachhaltigkeit als universelles Leitprinzip verankert, und sie betrifft alle Politikfelder gleichermaßen. In einer vernetzten Welt trägt Europa eine besondere Verantwortung. Klimawandel, Lieferketten und Umwelt müssen in einem Kontext gesehen werden.

Nachhaltigkeit ist auch in den Finanzmärkten angekommen und hat sich auf den höchsten Ebenen von Politik und Wirtschaft zu einem Megatrend entwickelt. Bei Zentralbanken ist das Thema ebenfalls längst auf der Agenda.

Im Energiesektor können Stärken und Herausforderungen der europäischen Integration deutlich beobachtet werden. Sichere, bezahlbare und saubere Energie wird auch in Zukunft nationale Parlamente und die EU beschäftigen. Eine europäische Energieunion sollte folgende Aspekte verknüpfen: Versorgungssicherheit, integrierten Energiebinnenmarkt und damit verbunden Energieeffizienz, Klimaschutz sowie Energieforschung. Ziel ist es, durch Energieeffizienz und vermehrte Nutzung heimischer Energieträger unabhängiger von Energieimporten zu werden. Ein wesentlicher Baustein wird der gemeinsame Ausbau der Energieinfrastruktur sein. Mit der Abschaffung rechtlicher, infrastruktureller und technischer Hindernisse im Energiehandel sollte darüber hinaus der Wettbewerb innerhalb der EU gestärkt werden.

So wie im Energiebereich gilt es überall, wirtschaftliche Aspekte und Nachhaltigkeit zu kombinieren. Europa sollte konsequent Anreize schaffen, damit Unternehmen gezielt in Nachhaltigkeit investieren.

Die Fiskalpolitik sollte künftig die Nutzung von Ressourcen und die Bemühungen zur Verhinderung von Verschmutzung und sonstigen Umweltauswirkungen in der Besteuerung stärker berücksichtigen. So kann zum Beispiel der Handel mit CO_2-Emissionszertifikaten bei austarierter Ausgestaltung langfristig zu einer Begrenzung von Umweltschäden führen.

7. EUROPA SOLLTE JEDE NEUE GENERATION VON SEINER IDEE ÜBERZEUGEN, AUCH DAMIT DIESE WÄHLEN GEHEN.

Bürger der EU halten die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte für selbstverständlich, auch wenn diese tatsächlich immer wieder in Gefahr sind. Europa musste in den letzten Jahren erleben, wie sich in seinem Inneren Globalisierungsängste breit gemacht haben und von Populisten genutzt wurden. Auch wenn es für viele pro-europäische Parteien leicht sein dürfte, die offensichtlichen Vorteile der Europäischen Union zu erklären, erleben wir derzeit eine Stärkung nationalistischer und populistischer Parteien.

Nach der Wahl wird es für Europa unabdingbar sein, seinen Wert besser darzustellen und immer wieder zu erklären. Denn gute Politik ist wichtig, aber nicht ausreichend. Sie muss für die Menschen erfahrbar sein und bei ihnen ankommen. Dafür bedarf es einer besseren Kommunikation durch die europäischen, aber auch nationalen Politiker und Meinungsbildner. Jeder Generation sollte adressatengerecht vor Augen geführt werden, wofür die EU steht und wie wichtig sie für die Bürger ist.

Gerade den Schulen kommt hier eine besondere bildungspolitische Bedeutung zu. Es kann nie zu früh sein, die Bedeutung von Wahlen zu erklären. Allein durch das demokratische Grundrecht der politischen Wahl, können Freiheiten und errungene Vorteile verteidigt und ausgebaut werden.

BILDRECHTE:
©istock.com/AdrianHancu

WIRTSCHAFT BRAUCHT VERTRAUEN.

Institut der Wirtschaftsprüfer
in Deutschland e.V.

Wirtschaftsprüferhaus

Tersteegenstr. 14
40474 Düsseldorf

Postfach 32 05 80
40420 Düsseldorf

Telefon: +49 (0) 211/4561-0
Telefax: +49 (0) 211/4561097

E-Mail: info@idw.de
Web: www.idw.de